

Moria - die moralisch-ethische Bankrotterklärung der Europäischen Union

*Die Trümmer von Moria sind das Sinnbild der nicht vorhandenen europäischen Flüchtlingspolitik. Appelle wurden seit Monaten immer eindringlicher – passiert ist nichts. Alle Politiker*innen, Journalist*innen und Helfer*innen, die das Lager besucht haben, sahen mit eigenen Augen: die Menschen dort sind in einem hoffnungslos überfüllten Lager unerträglichen Zuständen ausgesetzt.*

Jetzt ist die humanitäre Katastrophe komplett. Das für 3.000 Menschen gedachte Lager war inzwischen mit 12.500 Geflüchteten völlig überbelegt. Nun ist es komplett abgebrannt. Statt in dieser Notlage einfach zu helfen, wird erst mal über neue Lager, ein gemeinsames Asylverfahren (darauf warten wir seit 2015), oder die Frage, ob die Lagerinsassen es selbst angesteckt haben ergebnislos diskutiert. Hessens Europaministerin Lucia Puttrich bezeichnet dieses menschenunwürdige und zutiefst beschämende Ghetto auch jetzt noch als ‚sichere Unterkunft‘. Das Verhalten und die Aussagen europäischer Politiker*innen ist, bis auf wenige Ausnahmen, unerträglich, erschreckend und beschämend zugleich.

"Europa muss sofort helfen, unabhängig davon, wer den Brand legte. In erster Linie muss es darum gehen, den Betroffenen schnell und bedingungslos zu helfen. Denn jene, die fast nichts hatten, haben nun noch weniger," so Nora von der Deken (Vorstand von Demokratie in Bewegung Hessen). Aus den jahrelangen Versäumnissen ergibt sich eine klare Verpflichtung: Nie wieder darf Europa für so etwas wie Moria verantwortlich sein. Die aktuelle Ratspräsidentschaft muss Deutschland sofort nutzen, um Lösungen voranzutreiben. Europa braucht Lösungen für faire Asylverfahren für all jene, die darauf angewiesen sind. Als Werteunion kann die EU nicht einen Tag länger hinnehmen, dass einzelne Mitgliedsstaaten sich ihrer Verantwortung entziehen. Die ganze Welt müssen wir deshalb nicht nach Europa holen. Der Versuch, Einwanderung zu kontrollieren, legitimiert jedoch keinesfalls dazu, Menschen in Not und Elend zu treiben.

In Deutschland signalisieren viele Städte und Bundesländer schon lange, helfen zu wollen. Die Bundesregierung sollte endlich aufhören, sich nur einen Tag länger auf eine europäische Lösung zu verlassen. Es braucht nach Jahren des Wegschauens mehr als Absichtserklärungen, um die eigentlich unantastbare Menschenwürde zu wahren.

"Wir können in dieser zynischen Art und Weise weiterdiskutieren und gleichzeitig die Menschen sterben lassen. Oder wir können endlich handeln, auch wenn Orban nicht mit im Boot ist, was er sowieso nie sein wird. Ihn weiter als Entschuldigung zu benutzen ist ein Armutszeugnis gigantischen Ausmaßes" so Nora von der Deken.

Sollten Sie weitere Informationen oder eine*n Interviewpartner*in benötigen, melden Sie sich gerne unter presse@bewegung.jetzt oder telefonisch unter 70176-64096111.

Adresse

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG
Lola-Fischel-Straße 18
30173 Hannover

Kontakt

verwaltung@bewegung.jetzt
<https://bewegung.jetzt>

Bank

Inhaber: DEMOKRATIE IN BEWEGUNG
IBAN: DE94 1001 0010 0917 4071 09
BIC: PBNKDEFF